

PLENUM 2024



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Die Anständigen stehen auf

JAN PLOBNER:

Zukunftsbeschlüsse der SPD-Bundestagsfraktion

MARTINA STAMM-FIBICH:

Petition: Agrardiesel soll bleiben

CARSTEN TRÄGER

Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft

GABRIELA HEINRICH:

315 Millionen Euro für Fahrradwege in Peru?

Die Anständigen stehen auf

Die Correctiv-Recherche brachte so Erschreckendes zutage, dass wir an einem Wendepunkt in der Verteidigung unserer Demokratie angekommen sind. Massenproteste für die Demokratie und gegen die AfD zeigen, dass es nicht zu spät ist. Jetzt dürfen wir nur nicht nachlassen.

Das Recherchenetzwerk Correctiv hat aufgedeckt, dass sich AfD-Vertreter_innen konspirativ mit Neonazis, Identitären und entsprechenden Geldgebern getroffen haben. Auch CDU-Mitglieder waren dabei. Thema: die massenhafte, zwangsweise Ausweisung von Migrant_innen und unliebsamen Deutschen. Das Ganze fand statt in Potsdam, nicht weit entfernt vom Schauplatz der „Wannsee-Konferenz“. Von einer zynisch so benannten „Remigration“ betroffen wären über zehn Millionen Menschen in Deutschland: Flüchtlinge, der Dönermann, die Krankenschwester aus Ghana, Flüchtlingshelferinnen, bei allen egal, ob mit oder ohne deutschen Pass. Das ist blanker Rassismus.

Solche Gedankenspiele sind grotesk verfassungswidrig! Die AfD versteckt unter dem Mantel der Bürgerlichkeit tiefe demokratiefeindliche Abgründe. Die Pläne sind so grotesk menschenfeindlich, dass die Anständigen in der gesamten Republik, in den Parlamenten, in der Wirtschaft, in der Zivilgesellschaft gegen den massiven Rechtsruck im Land vorgehen müssen. Es ist dabei auch absolut unverständlich, warum sich Unternehmer_innen in Zeiten des Fachkräftemangels offen-



Ein Blick auf das Original-Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Foto: Sylvia Bohn

bar hier als Geldgeber zur Verfügung stellen wollen. Ohne Erwerbsmigration würde schon jetzt vieles im Land zum Erliegen kommen – von der Pflege bis hin zur Bewirtung im Gasthaus.

Die Demokratie hat schon damit angefangen, sich zu wehren. Hunderttausende Menschen gingen gegen Rechts auf die Straße. Ein AfD-Verbot wird debattiert. Über eine Million Menschen haben eine Online-Petition unterschrieben, in der für Björn Höcke der Entzug von Grundrechten nach Artikel 18 Grundgesetz gefordert wird.

Am wichtigsten wird sein, dass die Demokratinnen und Demokraten ihre Positionen den Demokratiefeinden entgegenstellen. Für die SPD gilt: Gesteuerte Fachkräfte-Zuwanderung, um den Personalmangel in vielen Branchen zu mindern. Mehr Integration, auch und insbesondere

für Frauen. Schnellere Asylverfahren. Vieles wurde oder wird gerade dafür schon auf den Weg gebracht, Stichworte Fachkräfteeinwanderungsgesetz, Chancenaufenthalt, Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren, Vervierfachung der Mittel für die Integrationskurse in den letzten zehn Jahren, Migrationsabkommen mit Herkunftsstaaten. Und wenn bei jemandem kein Schutzbedarf festgestellt wurde, muss er oder sie auch wieder rückgeführt werden können. Rechtsstaatlich, nicht in rassistischen Massendeportationen.

Die Rede von Otto Wels vom 23. März 1933 ist aktueller denn je. Die SPD kämpft seit 160 Jahren gegen Menschenverachtung und Faschismus. Deswegen: „Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.“



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ jan.plobner@bundestag.de

☎ 030 - 227 71 577

🌐 www.jan-plobner.de

📘 facebook.com/janplobner.5

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Zukunftsbeschlüsse der SPD-Bundestagsfraktion

Auf ihrer Klausurtagung hat die SPD-Bundestagsfraktion mehrere Positionspapiere verabschiedet. 2024 steht im Fokus der Einsparungen im Haushalt sowie der Europawahl. Mit den verabschiedeten Papieren positioniert sich die Bundestagsfraktion klar zu den Themen Schuldenbremse, Sozialstaat und Europa.

Reform der Schuldenregeln

Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form ist nicht mehr zeitgemäß. Um auf die immensen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft antworten zu können, brauchen wir mehr Spielräume für starke Zukunftsinvestitionen, welche den Wohlstand für jetzige und kommende Generationen sichern. Eine moderne und zukunftsorientierte Haushaltspolitik reduziert Generationengerechtigkeit nicht bloß darauf, nachfolgenden Generationen keine Schulden zu hinterlassen, sondern begreift diese im Kontext von Fragen der Verteilungs- und Chancengerechtigkeit. [Zum vollständigen Positionspapier geht es hier.](#)

Der Sozialstaat als Partner

Wir wollen das Leben für alle Menschen in Deutschland erleichtern. Deshalb sollte sich der Sozialstaat in Zukunft stärker an denjenigen orientieren, die ihn tatsächlich brauchen. Diesen Menschen muss der Zugang zu Sozialleistungen erleichtert werden, indem wir Leistungen wohnortnah, barrierefrei und wenn möglich digital bereitstellen. Bürokratische Hürden



Beschlussfreudig: Bei der Klausurtagung zum Jahresbeginn einigt sich die SPD-Bundestagsfraktion auf verschiedene Positionspapiere. F: Photothek (Th. Köhler/ Th. Imo)

sollen reduziert, Zuständigkeiten besser koordiniert und Antragsverfahren vereinfacht werden. [Zum vollständigen Positionspapier geht es hier.](#)

Für ein starkes Europa

Die EU ist eine der herausragenden Errungenschaften der modernen Geschichte und ihre Stärke ist gerade in der heutigen Zeit unverzichtbar. Deswegen wollen wir Europas Zukunftsinvestitionen und wirtschaftliche Resilienz stärken, den sozialen Zusammenhalt sichern und eine gemeinsame souveräne Außenpolitik betreiben. Hierfür ist es auch notwendig, die EU-Erweiterungspolitik verantwortungsbewusst voranzutreiben, um unsere Position als globaler Player zu festigen. [Zum vollständigen Positionspapier geht es hier.](#)

Herausforderungen in der europäischen Innen- und Rechtspolitik

Insbesondere die europäische Migrationspolitik stand in den letzten Jahren im Fokus. Wir brauchen Antworten, die Migration nach Europa ordnen und steuern zu können, ohne unsere humanitären Vorsätze und das individuelle Recht auf Asyl zu verletzen. Eine große Priorität ist es, die Kommunen stärker bei der Bewältigung dieser Aufgabe zu unterstützen. Wir wollen außerdem die organisierte Kriminalität in Europa stärker und in engerer Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten bekämpfen, um so kriminellen Banden unter anderem bei Menschenhandel, Schleusungskriminalität, Waffen- und Drogenhandel die Geschäftsgrundlage zu entziehen. [Zum vollständigen Positionspapier geht es hier.](#)



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Agrardiesel soll bleiben

Petentin fordert bei öffentlicher Sitzung Beibehaltung von Vergünstigungen.

Zeitgleich mit den Bauernprotesten vor dem Brandenburger Tor diskutier- te der Petitionsausschuss am Montag, 15. Januar, die Forderung nach Bei- behaltung der Agrardieselerückvergü- tung und der Kfz-Steuerbefreiung für Land- und Forstwirte. Die Petition hat die Öko-Landwirtin Marie von Schne- hen eingereicht, die in zwei Tagen die Zahl von 50.000 Unterschriften für eine öffentliche Sitzung erreichte.

Die landwirtschaftlichen Betriebe leis- teten einen hohen Beitrag zur Ernäh- rungssicherheit, Landwirtinnen und Landwirte müssten ihr Einkommen er- wirtschaften und seien nicht durch Tar- ifverträge mit Inflationsschutz und ge- regelten Arbeitszeiten abgesichert, sie pflegten die Kulturlandschaft, sorgten für den sozio-ökonomischen Zusam- menhalt auf dem Land und trügen den Umbau auf erneuerbare Energien mit, so die Petentin. Dennoch sei in den letzten Jahren bei den landwirtschaft- lichen Betrieben gekürzt und Auflagen ausgeweitet worden. Dabei sei Pla- nungssicherheit am allerwichtigsten für Landwirte, sagte von Schnehen.

Die Petentin bemühte sich, Klarheit



Martina Stamm-Fibich vor der Sitzung des Ausschusses zur "Bauernpetition".

um den oft angeführten „Gewinn“ der Landwirte zu schaffen. Es handle sich um das Unternehmensergebnis, sagte sie. Daraus müssten nichtentlohnte mitarbeitende Familienarbeitskräfte sowie Altenteile und Krankenversi- cherungsbeiträge finanziert werden und gleichzeitig Investitionen getätigt und Rücklagen gebildet werden. Die Agrardieselerückvergütung mache vier Prozent des Unternehmensergebnis- ses aus, so von Schnehen. „Vier Pro- zent, die den Handlungsspielraum, in nachhaltige Sachen zu investieren, verkleinern.“

Susanne Mittag, agrarpolitische Spre- cherin der SPD-Bundestagsfraktion, resümierte, dass die Bundesregierung Konsequenzen aus der Kritik der Bau- ern gezogen habe, indem sie Teile der Kürzungen zurückgenommen habe. Außerdem forderte sie Verbesserun- gen für die Landwirtschaft: man dürfe sich nicht zu sehr im Klein-Klein ver- heddern, sondern muss den Höfen über allem Planungssicherheit und ein wirtschaftliches Auskommen sichern. Daran arbeitet die Bundesregierung intensiv in Zusammenarbeit mit den Bauernverbänden.

„Stoppen Sie den Faschisten Björn Höcke“

Mit diesen Worten wendet sich eine Online-Petition auf der privaten Kam- pagnenplattform WeAct an die Poli- tik. Das Ziel ist, dem rechtsextremen AFD-Chef aus Thüringen Grundrech- te zu entziehen – darunter auch das Recht, bei Wahlen zu kandidieren. Ein Grundrechtseingriff, den das Grund-

gesetz bei Demokratiefeinden ermög- licht. Rund 1,4 Millionen Menschen folgten bisher dem Aufruf. Leider er- zeugen private Plattformen den An- schein, als ob deren Online-Petitionen automatisch im Bundestag landen. Fakt ist: Private Kampagnenplattfor- men haben keine Verbindung zum

Bundestag. Wer ein Anliegen unter- stützen oder selbst vorbringen möch- te, muss das unter <https://epetitionen.bundestag.de/epet/peteinreichen.html> tun. Ausschließlich dort kann man online Petitionen an den Bundestag einreichen. Dies ist im Falle der Hö- cke-Petition mittlerweile geschehen.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft

Die Proteste der Landwirtinnen und Landwirte haben unser Land in den vergangenen Tagen bewegt. Wir arbeiten an einem für die Landwirtschaft tragbaren Vorschlag für den Haushalt und wollen Zukunftsaussichten schaffen. Aber in der demokratischen Debatte gibt es auch Grenzen.

Nach dem von CDU und CSU angestregten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes können 60 Mrd. Euro aus Kreditermächtigungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie – anders als in der bisherigen Haushaltspraxis des Bundes und vieler Länder – nun nicht für den Klima- und Transformationsfonds genutzt werden. Für die Feststellung einer haushaltspolitischen Notlage angesichts der anhaltenden Folgen des Ukraine-Krieges oder eine Reform der Schuldenbremse gibt es bislang keine politische Mehrheit. Deshalb muss der Haushalt 2024 in den Grenzen der Schuldenbremse aufgestellt werden. Um die fehlenden Mittel auszugleichen, sind Einsparungen nötig. Und die Koalition hat sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, klimaschädliche Subventionen abzubauen.

Der aktuelle Vorschlag der Regierung sieht nun noch vor, die Subventionierung des Agrardiesels schrittweise abzubauen. Bisher können sich Landwirtschaftsbetriebe die Energiesteuer für Diesel in einer Höhe von 21,48 Cent pro Liter zurückerstatten lassen. Dieser Betrag soll dieses Jahr um 40 Prozent gesenkt werden, 2025 und 2026 jeweils um weitere 30 Prozent. Ab 2026 soll



Auch dieses Jahr habe ich wieder die Grüne Woche in Berlin besucht, dieses Mal gemeinsam mit Jan Plobner.

es keine Erstattung mehr geben. Die Agrardieselrückerstattung beläuft sich derzeit auf 440 Millionen Euro der Steuerergünstigungen, der erste Schritt würde entsprechend eine Senkung um 176 Millionen Euro bedeuten. Weitere Kürzungen bei der Kfz-Steuerbefreiung sind nicht mehr vorgesehen.

Auch in anderen Bereichen müssen wir den Haushalt anpassen: die Ticketsteuer auf Flugreisen soll steigen, was Mehreinnahmen in Höhe von 400 Millionen Euro bewirken soll; beim Bürgergeld sollen 270 Millionen Euro eingespart werden. All diese Vorschläge werden wir nun im parlamentarischen Haushaltsverfahren bearbeiten und den Haushalt Anfang Februar im Bundestag verabschieden.

Wir schätzen die Arbeit unserer Landwirtinnen und Landwirte sehr. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Ernährungssicherheit und haben mit zahlreichen Herausforderungen wie der Marktmacht des Lebensmittelhandels, den Anforderungen des Umwelt- und Klimaschutzes zu kämpfen. Und es ist gut und richtig, dass Interessengruppen ihre Sorgen und Interessen zum Ausdruck bringen, auch durch Demonstrationen. Aber Galgen sind keine Argumente. Wir sind im Austausch mit den Bäuerinnen und Bauern und haben im Bundestag beschlossen, wie wir unsere Landwirtschaft im Dialog zukunftsfähig gestalten können. Es geht dabei um Bürokratieabbau, Wettbewerbsfähigkeit, Tierwohl, Flächenbedarf, Produktionsmittelzugang und alternative Kraftstoffe, Steuern, Planungssicherheit und wirtschaftliche Perspektiven.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nimmt seit Jahren ab. Das liegt nicht an den aktuellen Vorschlägen, sondern an der jahrzehntelangen verfehlten Agrarpolitik, die vor allem CSU und CDU zu verantworten haben – auch das gehört zu Wahrheit. Wir packen das jetzt an, denn wir brauchen einen verfassungskonformen Haushalt und eine zukunftsfähige Landwirtschaft.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

315 Millionen Euro für Fahrradwege in Peru?

Neulich musste ich mir die Augen reiben, als ich meine E-Mails las. Mir wurde vorgeworfen, Deutschland würde 315 Millionen Euro für Fahrradwege in Peru zahlen. Und wir würden China mit 3 Milliarden Euro an Entwicklungshilfe unterstützen? Wie bitte? Davon wüsste ich aber!

Natürlich war der Absender Desinformation aufgesessen. Die Entwicklungspolitik blieb bisher halbwegs verschont von Fake-News und Desinformation. Das hat sich jetzt geändert. Derzeit versucht rechte Propaganda, Stimmung gegen die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zu machen. Das soll das Regierungshandeln diskreditieren, Neid schüren und überhaupt das deutsche Engagement

auf dem Globus schlecht machen.

Und ja, Deutschland hilft dabei, Fahrradwege in der peruanischen Hauptstadt zu bauen. Dafür wurden vor zwei Jahren 24 Millionen Euro zugesagt. Und das aus gutem Grund: Lima wächst sehr schnell. Die Radwege sorgen für klimaneutrale Mobilität vor allem für ärmere Menschen. Das deutsche Engagement in Peru zielt direkt auf den Klimaschutz ab. Die Klimaziele, das habe ich immer wieder betont, entscheiden sich vor allem auch in den schnell wachsenden Städten des Globalen Südens. Das von Deutschland unterschriebene Pariser Klimaabkommen verpflichtet die Unterzeichner dazu, Länder des Globalen Südens beim Klimaschutz zu unterstützen.

Mit China gibt es dagegen schon seit 2010 gar keine bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mehr. Auch Indien wird oft als Beispiel genannt. Natürlich arbeiten wir mit dem bevölkerungsreichsten Land der Erde zusammen. Wie in vielen Bereichen der Zusammenarbeit besteht das allermeiste Geld für Indien aber aus günstigen Krediten. Indien zahlt das – mit Zinsen – wieder zurück.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Dass wir uns in Entwicklungs- und Schwellenländern engagieren, liegt in unserem ureigensten Interesse! Die globalen Krisen, allen voran der Klimawandel, lassen sich nur global lösen. Wir können hier helfen, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer nicht erst wie wir auf fossile Energie setzen. Außerdem: Wir sind darauf angewiesen, verlässliche Partner im Globalen Süden zu haben – übrigens auch als Exportnation. Und: Entwicklungszusammenarbeit mindert Fluchtursachen.

Weniger Entwicklungszusammenarbeit würde mehr Migration verursachen und wohl auch mehr Hochwasser in Deutschland, denn es gibt ja nur das eine Weltklima für alle.

Deswegen: Wenn Sie wieder mal eine unglaubliche Nachricht aus der Entwicklungspolitik sehen, erst einmal auf [den entsprechenden Seiten des Entwicklungsministeriums nachsehen](#), ob das alles überhaupt stimmt.



Wer Fakten über Radwege in Lima haben will, sollte sich beim von Svenja Schulze geführten Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erkundigen.

Foto: Felix Zahn/photothek/Deutscher Bundestag